

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

In dem auf dem FDP-Bundesparteitag in Berlin vom 28.-30. April 2017 beschlossenen Programm zur Bundestagswahl 2017 finden sich auch viele zentrale Aussagen und Positionen zu Europa und der EU. Hier können Sie das Programm herunterladen:

<https://www.fdp.de/seite/beschluesse>

Ich begrüße ja nun wirklich den Einsatz der Europäischen Kommission für den Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA (s. Meldung weiter unten). Wieso zusätzlich mit europäischen Steuergeldern eine Nachhaltigkeitsstudie zu diesem Abkommen finanziert werden muss, entzieht sich mir. Mir ist nicht bekannt, dass dies bei allen Freihandelsabkommen zwischen der EU und anderen Handelspartnern der Fall ist.

Erheitert nehme ich zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission stolz darauf ist, 2016 der "erfolgreichste Exporteur der Welt" (s. Abkommen mit Norwegen) zu sein. Sie hat offenbar nur ein Problem, wenn innerhalb der EU dann Deutschland der erfolgreichste Exporteur ist.

## Europäischer Rat

Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen von der EU erreicht Rekordhöhe

Neue Zahlen, die am 11.04.2017 von der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) veröffentlicht wurden,

bestätigen, dass die EU im Jahre 2016 weiterhin größter Geber von Entwicklungshilfen blieb. Die von der EU und ihren Mitgliedstaaten (MS) bereitgestellte Entwicklungshilfe (ODA) belief sich im Jahr 2016 auf eine Rekordsumme von 75,5 Mrd. EUR. Dies entspricht einer Steigerung von 11% gegenüber 2015. Die Unterstützung der EU hat sich im vierten Jahr in Folge erhöht und erreichte damit ihren höchsten Stand. Im Jahr 2016 haben fünf MS 0,7% oder mehr ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) der öffentlichen Entwicklungshilfe bereitgestellt: LUX (1,00%), SWE (0,94%), DNK (0,75%), GBR (0,70%) und zum ersten Mal auch DEU (0,70%). Sechzehn MS erhöhten ihre ODA im Verhältnis zu ihrem BNE, während fünf MS ihre ODA reduzierten und sieben auf dem Niveau des Vorjahres blieben.

<http://www.oecd.org/development/development-aid-rises-again-in-2016-but-flows-topoorest-countries-dip.htm>

Bewilligung von EU-Mitteln zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen im Verkehr

Am 24.04.2017 hat der Rat einem Vorschlag der Kommission zur Förderung von sieben Projekten zugestimmt, die eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen im Verkehr ermöglichen sollen. Die Fördermittel in Höhe von insgesamt 22,1 Mio. " aus dem EU-Finanzinstrument "Europa verbinden" (Connecting Europe Facility, CEF) fließen in die Entwicklung effizienter und nachhaltiger Transportsysteme und die Dekarbonisierung des Verkehrs. Fördergelder in Höhe von 5,2 Mio. " werden für ein



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Vorhaben unter Leitung der Verbund AG bereitgestellt, bei dem in Deutschland und Österreich transeuropäische Verkehrsachsen entlang der Binnenschiffahrts- und Eisenbahnkorridore mit zehn hochleistungsfähigen Stromspeichern ausgerüstet werden sollen. Etwa 7 Mio. " werden für ein Projekt in den Niederlanden, Belgien und Deutschland bereitgestellt, in dem bereits existierende Strom- und Gasleitungsnetzwerke genutzt werden sollen, um Wasserstoff für Abnehmer im Verkehrssektor zu erzeugen.

<http://ec.europa.eu/inea/en/news-events/newsroom/eu-invests-%E2%82%AC22.1-million-to-supportsynergies-between-transport-and-energy>

## Europäische Kommission

### Studie zur Nachhaltigkeit von TTIP veröffentlicht

In einer umfangreichen im April veröffentlichten Studie, die von der Kommission in Auftrag gegeben wurde, hat die Beratungsfirma Ecorys eine Nachhaltigkeitsprüfung des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA durchgeführt. Untersucht wurden mögliche Auswirkungen von TTIP auf soziale Aspekte, Arbeit, Menschenrechte, Umwelt, die Wettbewerbsfähigkeit der EU, Verbraucher und Entwicklungsländer. Die Studie geht auch auf mögliche Folgen von TTIP für einzelne Wirtschaftssektoren ein. Sie betont noch einmal den neuen thematischen Ansatz von TTIP, der mit den

Themen Marktzugang, regulatorische Zusammenarbeit und gemeinsame Regeln weit über den bisher traditionell auf Zölle beschränkten Verhandlungsgegenstand von Freihandelsabkommen hinausgeht. Hervorgehoben und ausführlich analysiert werden die erwarteten Steigerungen des Bruttoinlandsproduktes, der Nationaleinkommen in den Mitgliedstaaten, der Arbeitslöhne, der beiderseitigen Exporte und des Handelsvolumens. Untersucht wurden der Einfluss von TTIP auf die Sektoren Landwirtschaft und Ernährung, Chemie, Maschinenbau, Elektronik, Straßenfahrzeugbau, See- und Lufttransport und Finanzdienstleistungen.

<http://www.trade-sia.com/ttip/downloads/>

### Arbeitspapier über die einkommens- und wachstumsschwachen Regionen der EU

Am 10.04.2017 hat die Kommission ein Arbeitspapier über die einkommens- und wachstumsschwachen Regionen der EU veröffentlicht. Darin geht es sowohl um bestimmte Eigenschaften dieser Regionen als auch um mögliche Fördermaßnahmen mit Hilfe von EU-Mitteln. Im Papier werden auch die Wirksamkeit der miteinander einhergehenden regionalen Entwicklungsstrategien und getätigten Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik beurteilt. Wachstumsschwache Regionen sind Regionen mit einem BIP pro Kopf von bis zu 90% des EU-Durchschnitts. Sie schafften es 2000 bis 2013 nicht, sich dem EU-Durchschnitt zu nähern. Sie liegen in GRI, ESP, ITL und PTL. Einkommensschwache Regionen sind Regionen mit einem BIP pro Kopf unter 50% des EU-Durchschnitts im



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Jahr 2013. Diese Gruppe umfasst Regionen in BUL, ROM, HUN und POL. Insgesamt liegen beide Gruppen von Regionen deutlich unter dem EU-Durchschnitt bei Beschäftigungsquote und Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Während die Arbeitslosenquoten in den wachstumsschwachen Regionen höher sind, mangelt es den einkommensschwachen Regionen noch mehr an Wettbewerbsfähigkeit. Daher ist aus Sicht der Kommission eine „One-Size-Fits-All“-Politik für alle Regionen wenig effektiv. Die Entwicklung der genannten Regionen müsse durch regional differenzierte Investitionen unterstützt werden.

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/information/publications/reports/2017/competitiveness-in-low-income-and-low-growth-regions-the-lagging-regions-report](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2017/competitiveness-in-low-income-and-low-growth-regions-the-lagging-regions-report)

## Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan

Die 18. Runde der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan hat in Tokyo zwischen dem 03.04.2017 und dem 05.04.2017 stattgefunden. Ziel beider Seiten ist es, noch 2017 zu einer Einigung zu kommen. Das Freihandelsabkommen soll den Handel mit Japan stärken, das mit 130 Mio. Menschen einen wichtigen Markt für die EU darstellt. Die EU exportiert jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von mehr als 80 Mrd. EUR nach Japan. Mehr als 600.000 Jobs in der EU hängen von Exporten nach Japan ab.

<http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/japan/>

## EU und Norwegen vereinbaren Vereinfachungen beim Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Am 07.04.2017 einigten sich die EU und Norwegen auf eine Vereinfachung des bilateralen Handels für landwirtschaftliche Produkte. Der Exporterfolg von EU-Lebensmitteln werde dadurch weiter gesteigert. Die EU war bereits 2016 mit einem Export von 130 Mrd. EUR der erfolgreichste Exporteur der Welt. Die EU und Norwegen haben 1992 das Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum unterzeichnet, das den freien Warenverkehr gewährleistet. Ausgenommen davon sind jedoch Lebensmittel und Fischereierzeugnisse. Das Abkommen führt nun den zollfreien Zugang u.a. für bestimmte Beerensorten und lebende Pflanzen ein. Norwegen werde der EU zudem bestimmte Zollkontingente für Fleisch, Milcherzeugnisse, Korn und Gemüse zugestehen.

[https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/trade-analysis/statistics/outsideeu/countries/agrifood-norway\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/trade-analysis/statistics/outsideeu/countries/agrifood-norway_en.pdf)

## **EU-Parlament**

### Roaming-Gebühren werden zum 15. Juni 2017 abgeschafft

Das EU-Parlament hat am vergangenen Mittwoch den letzten Schritt zur Abschaffung der Roaming-Gebühren im Mobilfunk



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

bereich gemacht. Dabei ging es um die Festlegung von Obergrenzen für die Großhandelspreise beim Datenroaming - das sind diejenigen Preise, die sich die Telekommunikationsanbieter jeweils für die Nutzung eines fremden Netzes in Rechnung stellen dürfen.

Festzuhalten bleibt, dass aufgrund der nun verabschiedeten Regelung auch künftig die Nutzung anderer Mobilfunknetze für Datendienste im EU-Ausland nicht unbeschränkt und wahrscheinlich auch nicht gänzlich kostenlos möglich sein wird. Die dauerhafte Nutzung einer Sim-Karte aus einem EU-Land im EU-Ausland für Datentransfer soll auch künftig vermieden und mit Gebühren belegt werden. Begründung: Heimische Telekommunikationsanbieter, die für Erstellung und Erhalt der Netzinfrastruktur bezahlen, sollen nicht benachteiligt werden. Das ist festgelegt in der sogenannten Fair-Use-Klausel. Die Regelungen, um diese Klausel zu erfüllen, sind kompliziert. Am Ende wird der Wettbewerb am Markt zeigen, welches Datenvolumen oder welche Zeiträume tatsächlich gratis sein werden und welche Aufschläge man zum Beispiel für EU-Datenpakete tatsächlich auch weiterhin bezahlen muss. Letztlich hängt das vom einzelnen Vertrag der Unternehmen und Bürger mit dem jeweiligen Telekommunikationsanbieter ab.

Es bleibt aber festzuhalten, dass ab dem 15. Juni 2017 die meisten Unternehmer und Bürger in den Genuss deutlich niedrigerer Gebühren für die Nutzung von Datennetzen im EU-Ausland kommen werden.

## Europäischer Rechnungshof

### Arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen verfehlt

Laut einem am 5. April veröffentlichten Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes (EuRH) hat die EU-Jugendgarantie, mit der junge Menschen ohne Arbeitsplatz und ohne schulische oder berufliche Ausbildung unterstützt werden sollen, nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Die für den Bericht untersuchten Länder Spanien, Frankreich, Irland, Kroatien, Portugal, Frankreich und die Slowakei hätten laut Prüfern zwar einige Fortschritte bei der Senkung der Jugendarbeitslosigkeit erzielt. Keiner dieser Mitgliedsländer hatte jedoch dafür gesorgt, dass alle von Arbeitslosigkeit betroffenen jungen Menschen tatsächlich wie vorgesehen die Möglichkeit zur Wahrnehmung eines Angebotes erhalten.

Angesichts einer dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit von europaweit über 23 Prozent hatten die EU-Arbeits- und Sozialminister im Februar 2013 eine Europäische Jugendgarantie beschlossen. Die entsprechende Empfehlung sieht vor, dass die EU-Länder jedem arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit einen Job, eine Ausbildungsmaßnahme oder eine Weiterbildung anbieten müssen. Für die nationale Umsetzung solcher Garantiesysteme hatte der Europäische Rat eine mit 6,4 Mrd. Euro ausgestattete Beschäftigungsinitiative für die besonders betroffenen Regionen in Europa geschaffen.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Aus dem Kuriositätenkabinett

### 14 Milliarden Euro

So viel fehlt jährlich laut DIHK im EU-Haushalt nach dem Brexit. Das sind etwa zehn Prozent des Gesamtbudgets der EU.

## Auswahl und Redaktion:



### **Dagmar Weiner**

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und  
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

